

Protokoll

über die 13. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Planungsausschusses der Stadt Wedel
am Dienstag
dem 12.11.2019, im Ratssaal des Rathauses

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:58 Uhr

Anwesend:

CDU-Fraktion:

Herr Detlev Blohm

Herr Kay Burmester

Herr Wolfgang Dutsch

Herr Jörg Keller

Vorsitzender

WSI:

Herr Jens Peyn

Bündnis-90/Grüne-Fraktion:

Herr Rainer Hagendorf

Herr Willibald Ulbrich

Herr Olaf Wuttke

SPD-Fraktion:

Herr Manfred Eichhorn

Frau Sophia Jacobs-Emeis

Herr Dr. Friedhelm Michalke

FDP-Fraktion:

Herr Martin Schumacher

stellv. Vorsitzender

Fraktion DIE LINKE:

Herr Pawel Jürgens-Grimm

Seniorenbeirat:

Frau Christel Grunsdorf

Herr Bruno Helms

Vertreterin für Hr. Helms

Umweltbeirat:

Frau Nicole Götsche

Verwaltung:

Frau Angela Gärke	
Herr Karl-Heinz Grass	Fachdienstleiter
Frau Katrin Matthies	Schriftführerin
Frau Nadia Mekhchoun	
Herr Niels Schmidt	Bürgermeister (bis TOP 6)
Frau Gisela Sinz	Fachbereichsleiterin
Frau Joanna Zöllner	
Frau Anneka Warsitz	Fachdienstleiterin (zu TOP 16)

Gäste:

Herr Franke	ARGUS, Stadt- und Verkehrsplanung
Herr Ohde	GAB, Umweltservice
Herr Schwormstede	Architektur + Stadtplanung
Herr Liefländer	Umbauter Raum
Herr Dr. Hellmann-Sieg	Rechtsanwalt

Es sind 2 Pressevertreter und ca. 17 Zuhörende anwesend.

Um 18:05 Uhr begrüßt der Vorsitzende alle Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Es liegt eine Ergänzung zur Tagesordnung vor. Herr Burmester erläutert die Dringlichkeit und beantragt, die TO im Bereich des nichtöffentlichen Teils um den neuen Tagesordnungspunkt 13 zu ergänzen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Der Antrag wird mit **13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen** angenommen.

Herr Burmester beantragt die Tagesordnung wie nun vorliegend zu beraten und für die Punkte 13 bis 16.2 die Öffentlichkeit auszuschließen.

Der Antrag wird mit **13 Ja / 0 Nein / 0 Enthaltungen** angenommen.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

- 1.) Einwohnerfragestunde
- 2.) Anhörung der Beiräte
- 3.) B-Plan Nr. 88 "BusinessPark Elbufer Wedel", 1. Änderung
hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB
Vorlage: BV/2019/129
- 4.) Vorstellung des Verkehrsgutachtens für den geplanten Wertstoffhof Wedel durch die GAB Umwelt Service
- 5.) Antrag der FDP- Fraktion vom 26.09.2019 hier: Antrag Recyclinghof



-
- 6.) Sachstand zur S-Bahn / Gespräche mit der Deutschen Bahn
Vorlage: MV/2019/032
 - 7.) Haushaltssatzung 2020
Vorlage: BV/2019/125
 - 8.) Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"
 - 8.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung
 - 9.) Städtebaulicher Rahmenplan "Wedel Nord"
 - 9.1 Sachstandsbericht der Verwaltung
 - 10.) Mitteilungen und Anfragen
 - 10.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 10.2 Sonstiges
 - 11.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB
 - 11.1 Abbruch eines Gebäudes
hier: Organistenstraße 4 (altes Stallgebäude)
Vorlage: BV/2019/128
 - 12.) Neuorganisation der Sitzungstermine und Struktur der Arbeitsgruppen
(Stadthafen, ÖPNV, Wedel Nord, Wohnungswirtschaftlicher Dialog, Radwege)
- Unter Ausschluss der Öffentlichkeit
- 13.) Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 5 h „Schauenburger Straße“; hier:
Herstellung der Erschließungsanlagen / Angebot des Vorhabenträgers
Vorlage: BV/2019/086/1
 - 14.) Sanierungsgebiet Stadthafen Wedel - Neugestaltung der Ostpromenade
Vorlage: BV/2019/139
 - 15.) Sanierungsgebiet Stadthafen Wedel - Neugestaltung der Ostpromenade
Vorlage: BV/2019/138
 - 16.) Mitteilungen und Anfragen
 - 16.1 Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen
 - 16.2 Mitteilung über bedeutsame Vorhaben
Vorlage: MV/2019/099
 - 16.3 Sonstiges
 - 17.) Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil:

1.) Einwohnerfragestunde

Frau Braunburg fragt an, was die Stadt Wedel bezüglich der Verschlechterung der nächtlichen Anbindung durch den ÖPNV am Wochenende zu tun gedenke. Die S-Bahn wird zukünftig am Wochenende nachts im Stundentakt verkehren. Sie befürchtet, dass dafür die bisherige Verbindung des Nachtbusses 621 eingestellt wird. Dieser sei jedoch 40minütlich gefahren und halte auch in den Wohngebieten. Bei einer Nutzung der neuen S-Bahn-Taktung entstünde eine Verbindungsfläche vom Bahnhof z.B. zum Elbhochufer.

Herr Schmidt erläutert, dass ihm nicht bekannt sei, dass durch die Ausweitung der Fahrzeit der S-Bahn automatisch der Nachtbus entfiele.

Herr Wuttke informiert, dass es eine Übergangsmöglichkeit an der Haltestelle Iserbrook von der S-Bahn zum Nachtbus gäbe.

Die weitere Entwicklung wird abgewartet.

Zusätzlich merkt Frau Braunburg an, dass es einen Bericht am heutigen Tage im Wedel-Schulauer-Tageblatt über eine mögliche zweite S-Bahn-Station für Wedel gab. Sie bittet bei der Planung zu berücksichtigen, dass hierfür ein zweites Gleis unabdingbar sei. Derzeit sei es ein großes Ärgernis, dass durch die Eingleisigkeit immer Verzögerungen entstünden. Der Bürgermeister bestätigt, dass die Stadt Wedel sich bereits für eine Zweigleisigkeit einsetze, dies sei auch automatisch Voraussetzung für eine 2. Haltestelle.

Herr Liske vom ADFC fragt nach der Notwendigkeit der Einrichtung einer „Tempo 30“-Zone im Bereich der Baustelle in der Bahnhofstraße. Es befänden sich nunmehr drei ungesicherte Fußgängerüberwege innerhalb von 140 Metern.

Bisher ist von Seiten der Stadt kein Erfordernis erkennbar gewesen, dort Tempo 30 einzuführen. Es könnte aber mit der Polizei abgeklärt werden, ob erneute Messungen sinnvoll seien.

Herr Hagendorf gibt den Hinweis, dass es zu dem Thema Baustelle Bahnhofstraße einen gemeinsamen Prüfauftrag der Fraktionen WSI, SPD und Bündnis-90/Grüne an den UBF geben wird.

2.) Anhörung der Beiräte

Vom Jugendbeirat ist kein/e Vertreter*in anwesend.

Herr Helms vom Seniorenbeirat berichtet, dass der Seniorenbeirat sich mit dem Thema Bahnhofstraße befasst hat. Die Ergebnisse sollen in einer der nächsten Sitzungen im zuständigen Ausschuss beraten werden.

Der Umweltbeirat hat nichts zu berichten.



3.) B-Plan Nr. 88 "BusinessPark Elbufer Wedel", 1. Änderung
hier: Satzungsbeschluss gemäß § 10 (1) BauGB
Vorlage: BV/2019/129

Herr Burmester verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Wuttke gibt für die Fraktion Bündnis-90/Grüne eine Stellungnahme ab. In den Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange seien die Stellungnahmen des Kreises Pinneberg als Untere Bodenschutzbehörde auf den Seiten 10-13 aus Sicht seiner Fraktion nicht ausreichend bei den Abwägungen berücksichtigt worden.

Auch in den weiteren Stellungnahmen fänden sich Hinweise, die von der Fraktion Bündnis-90/Grüne vor dem ersten Beschluss des Bebauungsplanes bereits als rechtzeitig zu klären angemahnt wurden, beispielsweise die Klärung des Verkehrszu- und abflusses. Diese Klärung sollte erfolgen, bevor die Bebauung des Businessparks zunehme.

Der Fraktion Bündnis-90/Grüne ist der B-Plan nicht ausreichend ökologisch ausgestaltet. Es gäbe keine Vorschriften für baubiologische oder energiesparende Maßnahmen, dies passe nicht zu dem Beschluss des Klimanotstandes, damit sei dies kein Bebauungsplan des 21. Jahrhunderts.

Da es zu viele Mängel gäbe, wird die Fraktion dem B-Plan nicht zustimmen. Da grundsätzlich jedoch die Verabschiedung nicht verhindert werden soll, wird die Fraktion sich enthalten.

Herr Grass erläutert, dass die Fachbehörde des Kreises an dem Sanierungsverfahren intensiv beteiligt wurde. Alle Stellungnahmen wurden fachlich bewertet und abgewogen. Zum Thema Sanierung des 2. Grundwasserleiters wurde ein Fachbüro eingebunden, dieses hat auch die Stellungnahmen verfasst. Jeder Verfahrensschritt ist stetig mit den Fachbehörden abgestimmt.

Der Knotenpunkt Industriestraße/Tinsdaler Weg ist für die Verkehrsabwicklung des Businessparks ausgebaut und der Fahrradverkehr wurde berücksichtigt. Darüber hinaus bieten die großzügigen Grünzüge attraktive Fuß- und Radwege-Verknüpfungen.

Ökologisch wurden in dem Bebauungsplan Fernwärme, begrünte Dächer und viele Grünflächen vorgesehen und festgesetzt.

Herr Eichhorn merkt an, dass aus Sicht der SPD entgegen der Ausführung in Punkt 3.3.1 der Begründung kaum noch Ähnlichkeit mit dem früheren Masterplan bestehe.

Die SPD-Fraktion möchte den Businesspark schnellstmöglich realisieren, damit Gewerbe und Dienstleistungen angesiedelt werden können.

Befürchtet wird jedoch, dass durch den nun vorliegenden Plan und die Einwände der Bürger neue Klagen vorhersehbar sind; durch die bisherigen Klageverfahren seien bereits starke Verzögerungen eingetreten. Die Einlassungen der Verwaltung zu den Einwänden erscheinen teilweise sehr restriktiv.

Die SPD wird daher drei Anträge stellen, die sich aus den Stellungnahmen ableiten:

- Verlängerung der Schallschutzwand
 Die untere Naturschutzbehörde hat die Verlängerung der Lärmschutzwand angeregt, die Verwaltung habe kein rechtliches Erfordernis gesehen.
- Errichtung eines begrünten Walls im südlichen Teil des Grünzuges am Grenzweg
 Am Grenzweg wird die Grünfläche als zu schmal empfunden, ein begrünter Wall würde zusätzlich besseren Schallschutz ermöglichen. Dies würde sicherlich auch den Wünschen der Fraktion Bündnis-90/Grüne entsprechen.



- Bis zur Aufgabe der Wohnnutzung wird ein Mischgebiet ausgewiesen.
Der im B-Plan festgeschriebene Bestandsschutz der Wohnnutzung wird den Besitzern der Immobilien nicht ausreichen, es sind langwierige Klageverfahren zu befürchten.

Herr Schwormstede nimmt aus planerischer Sicht zu den vorgetragenen Punkten Stellung.

1. Verlängerung Schallschutzwand: Die von der unteren Naturschutzbehörde angeregte Verlängerung aus Gründen der Gesundheitsvorsorge ist möglich, brächte jedoch lediglich einen sehr geringen Vorteil. Aus städteplanerischer Sicht ist die Verlängerung an dieser Stelle auf keinen Fall wünschenswert.

2. Begrünter Wall: Wäre grundsätzlich durchführbar, war aber im Masterplan nicht vorgesehen und hätte kaum schallschutzwirksame Effekte. Zielsetzung war eine Grünfläche, die sich in die Landschaft einfügt.

3. Gemischtes Gebiet: § 1 Abs. 10 ist hier nicht anwendbar, da eine Wohnnutzung von nennenswertem Gewicht vorhanden sein muss, dies liegt hier nicht vor. Daher konnte der Hinweis des LLUR nicht aufgegriffen werden, zumal das Ziel sein sollte, die einheitliche gewerbliche Entwicklung voranzutreiben und keine Wohn-Enklaven dauerhaft über den Bestandsschutz hinaus zu zementieren.

Die SPD-Fraktion schließt sich der Argumentation des Planers nicht an und hält die Anträge aufrecht.

Herr Schmidt teilt die Befürchtung der Fraktionen, da es bei Bebauungsplanverfahren ein grundsätzliches Risiko gibt, dass Normenkontrollverfahren angestrengt werden.

Aus diesem Grunde wurde mit sorgfältiger rechtlicher Beratung und Lärmgutachtern geplant.

Für die Umsetzung des Bestandsschutzes der Bewohner der Doppelhäuser hat es viele rechtliche Abwägungen gegeben, zusätzlich ist die Stadt mit den Bewohnern im Gespräch. Es wird nötig, diesen Bebauungsplan mit breiter Mehrheit zu verabschieden, die Ausweisung der Gewerbeblächen ist für die Stadt wichtig.

Dr. Michalke unterstützt den Vortrag von Herrn Eichhorn. Die Verzögerungen bei neuen Klagen scheinen in der Risikoabwägung nicht gesehen zu werden; jährlich könnten der Stadt ca. 4 Millionen Euro Gewerbesteuereinnahmen und 1.200 Arbeitsplätze entgehen. Daher erscheine es kontraproduktiv, den Einsprüchen und Stellungnahmen nicht konstruktiver entgegenzukommen.

Herr Wuttke macht deutlich, dass ein begrünter Wall von der Fraktion Bündnis-90/Grüne nie gefordert wurde, es wurde immer eine Weite der Landschaft gewünscht.

Die Klägergemeinschaft aus 22 Personen im Tinsdaler Weg führt ein Urteil des OVG Magdeburg an, nach dem ein Bebauungsplan mit einer Ausweisung als Gewerbegebiet unwirksam sei, wenn die nächsten 10-15 Jahre keine Chance auf Realisierung bestehe. Die bestehenden Häuser im Bereich des Businessparks werden vermutlich noch 30 Jahre dort stehen. Hat es hierzu eine rechtliche Klärung gegeben?

Herr Schmidt erläutert, dass alle rechtlichen Einschätzungen intern und extern beraten, diskutiert und abgewogen wurden. Die derzeitigen Gespräche mit den Eigentümern der Gebäude verliefen sehr konstruktiv.

Dr. Hellmann-Sieg, Rechtsanwalt, erläutert die Unterschiede des B-Planes Nr. 88 zum B-Plan im Urteil des OVG Magdeburg. Dort bezog sich die Beurteilung auf Wohnbebauung, die sich durch ein gesamtes zukünftig geplantes Gewerbegebiet zog.

Im Businesspark handelt es sich um eine Randlage, die nicht ein Gewerbegebiet in Gänze unmöglich macht. Aus rechtlicher Sicht hat die Verwaltung eine sorgfältig abgewogene Entscheidung getroffen.



Herr Eichhorn merkt an, dass schon öfter in den Gremien vorgetragen wurde, alle Stolpersteine geprüft zu haben und dennoch in der Vergangenheit Probleme aufgetreten sind.

Der Vorsitzende lässt über die folgenden Änderungsanträge der SPD-Fraktion abstimmen:

1. Bezugnehmend auf Seite 47 in der Begründung zur Beschlussvorlage: Die Lärmschutzmauer soll verlängert werden.
Abgelehnt bei 3 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung
2. Auf Seite 26 der Begründung (und entsprechende Berücksichtigung im B-Plan) soll eingefügt werden: An dem südlichen Teil der Grünfläche zum Grenzweg wird ein begrünter Wall errichtet.
Abgelehnt bei 3 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen
3. Stellungnahmen der Beteiligung der Behörden, Überschrift Ausschluss Wohnnutzung (Betriebswohnungen): Der Vorschlag des LLUR (Seite 5 der Stellungnahmen, letzter Absatz) ist anzuwenden.
Abgelehnt bei 3 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung

Der Ausschuss empfiehlt dem Rat mit 10 Ja / 0 Nein / 3 Enthaltungen:

Der Rat beschließt,

1. die während der frühzeitigen Beteiligung (§ 3 (1) BauGB) und der öffentlichen Auslegung (§3 (2) BauGB) von der Öffentlichkeit abgegebenen Stellungnahmen und die von den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange im Rahmen der Beteiligungen gemäß § 4 (1) und (2) BauGB abgegebenen Stellungnahmen entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung zu berücksichtigen, teilweise zu berücksichtigen oder nicht zu berücksichtigen,
 2. den Entwurf des Bebauungsplans Nr. 88 „BusinessPark Elbufer Wedel“, 1. Änderung bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und den Textlichen Festsetzungen (Teil B) als Satzung,
 3. die Begründung einschließlich Umweltbericht des Bebauungsplans Nr. 88 „BusinessPark Elbufer Wedel“, 1. Änderung zu billigen.
- 4.) Vorstellung des Verkehrsgutachtens für den geplanten Wertstoffhof Wedel durch die GAB Umwelt Service

Herr Franke vom Büro ARGUS - Stadt und Verkehr- stellt das Verkehrsgutachten über die möglichen Auswirkungen eines Wertstoffhofes in Wedel am Kronskamp vor.

Die SPD-Fraktion sieht nicht die Möglichkeit, den Puttener Weg als Abflussweg für den Verkehr auf die Rissener Straße zu benutzen.

Es besteht die Befürchtung, dass das zusätzliche Verkehrsaufkommen auf der Rissener Straße und dem Kronskamp nicht bewältigt werden kann.

Die FDP-Fraktion fragt nach den möglicherweise nicht berücksichtigten Verkehrsmengen, die sich zum Beispiel durch die Nähe zur Landesgrenze ergeben.



Herr Franke erläutert, dass diese in einem geringen Umfang berücksichtigt wurden, in der Regel sind jedoch laut Herrn Ohde nur Einwohner des Kreises zur Abgabe von Wertstoffen auf dem Recyclinghof berechtigt.

Die Fraktion Bündnis-90/Grüne sieht die Planung, den abfließenden Verkehr ausschließlich zur Rissener Straße zu führen, ebenfalls kritisch. Insbesondere am Samstag ist die Ampelführung Püttener Weg sehr belastet, bereits bei 4 Fahrzeugen entstünde eine Sperrung der Zufahrten zu den vorhandenen Parkplätzen des Einzelhandels. Hier ist jedoch auch eine Spitzenzeit des Verkehrsflusses des Wertstoffhofes zu erwarten.

Herr Schmidt richtet die Anfrage an die Planer ob es möglich wäre, zwei Abfahrtsrichtungen am Püttener Weg zu berücksichtigen? Dies würde dazu führen, dass nicht der gesamte Verkehrsfluss auf die Rissener Straße, sondern ein Teil auch zurück auf den Kronskamp geführt wird. Dies wäre aus Sicht von Herrn Franke verkehrstechnisch ebenfalls darstellbar.

Herr Schumacher dankt für die sehr sorgfältige Vorbereitung, empfindet aber die Darstellung als zu idealtypisch.

Eine Behinderung der Busverbindung im Kronskamp durch das zusätzliche Verkehrsaufkommen wird auf Nachfrage der Fraktion Bündnis-90/Grüne von Herrn Franke ausgeschlossen.

Herr Dutsch zweifelt an dem reibungsfreien Zufluss auf das Gelände am Kronskamp. Es bestünde das Risiko eines möglichen Rückstaus auf der Zufahrt zu dem Gelände durch die Wartezeit bei der Anmeldung. In der Zeichnung fänden Anhänger und größere Fahrzeuge keine Berücksichtigung, diese müssten eingeplant werden.

Herr Ohde erwartet deutlich weniger Anlieferungsverkehr mit Anhängern in Wedel als in Tornesch, die Wartezone kann aber weiter auf das Gelände gezogen werden.

Die Fraktionen danken für die detaillierten Informationen und bitten um Übersendung der Präsentation.

5.) Antrag der FDP- Fraktion vom 26.09.2019 hier: Antrag Recyclinghof

Herr Schumacher erläutert den Antrag der FDP Fraktion vom 26.09.2019.

Die Fraktion Bündnis-90/Grüne unterstützt den Antrag ausdrücklich.

Die SPD-Fraktion möchte über die beiden Absätze des Antrages der FDP getrennt abstimmen, da in der Fraktion lediglich die Suche nach einem anderen Standort unterstützt wird.

Herr Schmidt hat die Zusage der GAB, dass auch ein anderer Standort zur Einrichtung eines Wertstoffhofes für die längerfristige Zukunft denkbar ist.

Die CDU-Fraktion stimmt grundsätzlich dem Antrag zu, ein Antrag auf Umformulierung des zweiten Absatzes mit dem Tenor „Prüfauftrag“ an die Verwaltung wird von den anderen Fraktionen nicht unterstützt.

Beschluss:

1. Die Ansiedlung des Recyclinghofes der GAB wird - vorbehaltlich der Klärung verkehrlicher Fragen - als Übergangslösung akzeptiert und unterstützt.
Abstimmung: 10 Ja-Stimmen; 3 Nein-Stimmen; 0 Enthaltungen

Protokoll der 13. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Planungsausschusses
vom 12.11.2019

2. Die Verwaltung wird aufgefordert, einen Standort für eine langfristige Ansiedlung außerhalb der bebauten Ortschaft zu suchen und planerisch sowie unter Berücksichtigung der einschlägigen gesetzlichen Voraussetzungen sicherzustellen.
Abstimmung: 9 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen; 4 Enthaltungen

6.) Sachstand zur S-Bahn / Gespräche mit der Deutschen Bahn
Vorlage: MV/2019/032

Herr Schumacher erläutert die Haltung der FDP-Fraktion zu der vorliegenden Stellungnahme der Deutschen Bahn (Anlage). Es wird vorgeschlagen eine kurzfristige Sitzung der Arbeitsgruppe ÖPNV oder eine interfraktionelle Sitzung einzuberufen, um das weitere Vorgehen abzustimmen.

Herr Hagendorf weist darauf hin, dass bei der Beratung über den Radschnellweg/Auweidenweg genau geprüft werden sollte, ob eine Velo-Route wirklich einen 2. S-Bahn-Halt ausschließen würde oder beides parallel darstellbar ist.

7.) Haushaltssatzung 2020
Vorlage: BV/2019/125

Bei der Beratung der Liste der Investitionen fragt die Fraktion Bündnis-90/Grüne, ob die Fortführung des Rad- und Fußweges Mühlenstraße finanziell gesichert ist und wo die Höhe der zu übertragenden Restmittel des Jahres 2019 zu finden sind.

Herr Grass sichert dies zu und wird zur 2. HH-Lesung die genaue Höhe der Restmittel mitteilen.

Herr Schumacher fragt nach der Zuführung zum Treuhandkonto in Höhe von 2 Millionen Euro.

Herr Grass erläutert, dass die Zuführung sich aus 500.000,- Euro für die Verbesserung der Tragfähigkeit des Bodens und 1.500.000,- Euro für die Spundwandsanierung zusammensetzt. Die Zuführung in 2020 dient der Absicherung der Kosten, die sich durch die bereits beauftragten Gutachten ergeben werden. In 2020 soll die Ausschreibung erfolgen, dann muss die Finanzierung der Maßnahme gesichert sein.

Die Anfrage der FDP-Fraktion beruht auf der Überlegung, ob in 2020 eventuell Mittel eingespart werden können, um einen Eigenanteil der Stadt bei der Errichtung der Schlengelanlagen finanzieren zu können.

Die Verwaltung wird die Frage klären und in der nächsten Sitzung beantworten.

Herr Peyn fragt an, ob eine Kosteneinsparung bei der Teilverglasung der Flutschutzwand möglich sei.

Da es sich bei der Maßnahme um einen bereits gefassten Ratsbeschluss handelt und die Ausschreibung diesen Monat erfolgt, ist eine Einsparung durch einen Verzicht auf die Verglasung hier nach Auskunft von Herrn Grass nicht möglich.

Herr Schumacher hinterfragt den aktuellen Stand des Treuhandkontos. Aus seiner Sicht ist es fraglich, warum bei einem Stand von derzeit über 6 Millionen Euro eine weitere Zuführung von 2 Millionen Euro erfolgen müsse, um die Beauftragungen 2020 sicherzustellen.

Herr Grass erläutert das Prozedere, dass Gelder immer zeitnah bei Beauftragungen und in Höhe des auf die Stadt Wedel entfallenden Anteils zurückgestellt werden.



Herr Jürgens-Grimm merkt an, dass die Fraktion DIE LINKE in Wedel ganz andere Probleme und notwendige Investitionen sieht; die Investitionen in den Hafen werden den Bürgern schwer zu vermitteln sein.

Herr Wuttke stellt Rückfragen zum Stellenplan und bittet um Information zu der Ausweitung der Stellen im Fachbereich 2.

Frau Sinz erläutert die Veränderungen gegenüber dem Vorjahr. Die geringfügigen Erhöhungen sind hauptsächlich im Bereich der Verwaltungstätigkeiten geplant. Hier führte die Besetzung auf Grund gestiegener Anträge in der Vergangenheit zu Verzögerungen in der Erstellung von Bescheiden. Andere, teilweise neu einzurichtende Stellen, beruhen auf bereits erfolgten Beschlüssen der Gremien, z.B. Mobilitätsmanager*in.

8.) Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"

8.1.) Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung

Es erfolgt kein Bericht.

9.) Städtebaulicher Rahmenplan "Wedel Nord"

9.1.) Sachstandsbericht der Verwaltung

Frau Sinz berichtet von den Gesprächen mit den Projektentwicklern. Der Rahmenplan wird in Teilen aktualisiert und dem Planungsausschuss anschließend frühzeitig vorgestellt. Dann wird voraussichtlich nicht nur die Erschließung zu besprechen sein, sondern auch die Details des 1. und 2. Bauabschnittes. Diese sollten mit den Fraktionen vorab in einem gemeinsamen Gespräch beraten werden, z. B. bezüglich Dichte, Freiflächen, Stellplätze, Verkehr, etc.

Herr Wuttke spricht die vorliegende Stellungnahme an, nach der die Nordumfahrung als Erschließung für einen neuen Stadtteil nicht zulässig sein wird.

Diese Frage wird in den Beratungen über den aktualisierten Rahmenplan wieder aufgenommen.

10.) Mitteilungen und Anfragen

10.1.) Bericht der Verwaltung zu Beschlüssen und Prüfaufträgen

Keine aktuellen Berichte.

10.2.) Sonstiges

Die SPD-Fraktion reicht zwei Anträge bezüglich der Wohnunterkünfte am Steinberg und am Ansgariusweg ein. Die Verwaltung wird klären, in welchem Ausschuss diese zu behandeln sind.

Herr Schumacher reicht Fragen zum Umbau der Bahnhofstraße ein (Anlage). Es wird darum gebeten, in der nächsten Sitzung über das Konzept Bahnhofstraße zu sprechen. Dann könnte geprüft werden, ob in den Haushalt 2020 die Vorplanungskosten in Höhe von ca. 70.000,- aufgenommen werden können.



Es müsse keine detaillierte schriftliche Antwort der Verwaltung zu den Anfragen der FDP vorliegen. Das bereits vorhandene Konzept wurde von der Verwaltung bereits an die Fraktionen verteilt.

Die FDP-Fraktion bittet um Auskunft, ob und in welchem Maße die Anlegekosten für den Holunderjet gestiegen sind. Die Verwaltung wird dies in der nächsten Sitzung beantworten.

11.) Einvernehmen der Gemeinde nach dem BauGB

11.1.) Abbruch eines Gebäudes

hier: Organistenstraße 4 (altes Stallgebäude)
Vorlage: BV/2019/128

Herr Burmester verliest den Beschlussvorschlag.

Herr Wuttke erläutert die Gründe, aus denen die Fraktion Bündnis-90/Grüne in der letzten Sitzung des Planungsausschusses um Vertagung gebeten hatte. Er fragt an, inwieweit das Konzept inklusive der beiliegenden Zeichnungen für das geplante Bauvorhaben verbindlich sei.

Herr Grass bestätigt, dass mit der Eigentümerin und dem Planer ein Gebäude geplant wurde, was sich in das Bild dieses historischen Ortsteils einfügt. Auf die Festlegung auf diese Grundidee zielt die Formulierung der Beschlussfassung ab, sie wird auch Bestandteil der Baugenehmigung.

Der Ausschuss beschließt einstimmig mit 13 Ja-Stimmen; 0 Nein-Stimmen; 0 Enthaltungen:

Der Planungsausschuss beschließt, das Einvernehmen für die Genehmigung nach der Erhaltungssatzung baulicher Anlagen in einem Teil des Sanierungsgebietes „Altstadtrandzone“ gemäß §173 und 36 Abs.1 BauGB für den Abbruch des Stallgebäudes Organistenstraße 4 in Wedel zu erteilen. Die Genehmigung beinhaltet, dass das anliegende Konzept der Neubebauung in dieser Weise umgesetzt wird.

Das Konzept wurde mit der Unteren Denkmalpflege des Kreises Pinneberg abgestimmt.

12.) Neuorganisation der Sitzungstermine und Struktur der Arbeitsgruppen (Stadthafen, ÖPNV, Wedel Nord, Wohnungswirtschaftlicher Dialog, Radwege)

Herr Burmester erläutert die Beweggründe für die Ansetzung dieses Tagesordnungspunktes. Es gäbe viele Arbeitsgruppen, sich überschneidende Termine, Doodle-Umfragen, Vormittagstermine, etc.

Diese schwierige Terminfindung koste Kapazitäten in der Verwaltung und in den Fraktionen, zumal es schwer sei, berufstätige Mitglieder für die Teilnahme an Arbeitsgruppen zu gewinnen.

Daher wird der Vorschlag unterbreitet, einen festen Termin im Jahresplan alle 2 Monate in der 2. Sitzungswoche von 18-20 Uhr einzuplanen, die Verwaltung fülle dann die Termine mit Themen der jeweiligen Arbeitsgruppen, sofern Beratungsbedarf bestehe.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Vorschlag für eine Testphase einem Jahr zu.

Die Fraktion Bündnis-90/Grüne gibt zu bedenken, dass in den Arbeitsgruppen oft Mitarbeiter*innen der Verwaltung und Externe vertreten sind, daher sei eine Ansetzung in den Abendstunden vielleicht nicht immer möglich. Es gäbe verschiedene Teilnehmer innerhalb der Fraktionen zu den verschiedenen Themen und in einigen Arbeitsgruppen auch Vertreter anderer Ausschüsse.



Um die Planungssicherheit noch zu erhöhen wird dafür plädiert, solche Termine monatlich als Platzhalter im Kalender vorzusehen. Dies jedoch mit der deutlichen Intention die Termine nur bei vorliegendem Beratungsbedarf der jeweiligen Arbeitsgruppe auch durchzuführen.

Die Verwaltung kann Themen auf einen Termin bündeln um zu vermeiden, dass zukünftig jeder monatliche Termin stattfinden muss.

Die monatliche Terminierung wird von den anderen Fraktionen unterstützt, wünschenswert wäre immer der Dienstag nach einer HFA-Sitzung von 18-20 Uhr. Es wird die Bitte an die Verwaltung herangetragen, diesen Vorschlag mit den anderen Ausschüssen abzustimmen.

Im Anschluss bittet der Vorsitzende alle noch verbliebenen Zuhörenden den Ratssaal zu verlassen und eröffnet die nichtöffentliche Sitzung.

17.) Unterrichtung der Öffentlichkeit

Um 21:57 Uhr wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt.

Im nichtöffentlichen Teil ist:

die

- BV/2019/139 - Sanierungsgebiet Stadthafen Wedel - Neugestaltung der Ostpromenade, hier: Beauftragung von Ingenieurleistungen
- BV/2019/138 - Sanierungsgebiet Stadthafen Wedel - Neugestaltung der Ostpromenade; hier: Beauftragung von Ingenieurleistungen

beschlossen worden;

die

- BV/2019/084 - Vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 5 h „Schauenburger Straße“; hier: Herstellung der Erschließungsanlagen / Angebot des Vorhabenträgers dem Rat zur Beschlussfassung empfohlen worden;

und die

- MV/2019/099 - Mitteilung über bedeutsame Vorhaben zur Kenntnis genommen worden.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 21:58 Uhr.

gez. Burmester
Kay Burmester
Vorsitzende/r

gez. Matthies
Katrin Matthies
Schriftführer/in

Datum der
Unterschrift 25.11.2019

25.11.2019